

Dortmund, 12.3.2021

PRESSEMITTEILUNG

Zentrale Abschlussprüfungen (ZP10) in einem chaotischen Jahr sind ungerecht!

Manche Schulen nutzen die Freiheiten, die ihnen das Schulministerium in der Krise nun mit der letzten Schulmail eingeräumt hat, emphatisch und umsichtig, ermöglichen gleichermaßen Ankommen, Begegnung, Bildung, Betreuung und Förderung. Doch leider kann man das nicht allgemein sagen. Manche Schulen bzw. Lehrkräfte, die in der Zeit des reinen Distanzunterrichts kaum Kontakt gehalten oder die Schüler*innen mit mehr Lernaufgaben überhäuft haben, als selbst die Leistungsstärkeren abarbeiten konnten, kennen jetzt nichts als testen, prüfen, beurteilen und drohen. „Jetzt sollte die Zeit sein, sich auf das Aufarbeiten grundlegender Unterrichtsinhalte besonders in den Kernfächern sowie die Förderung zum Aufarbeiten von Defiziten zu konzentrieren, was fachfremden Unterricht und die Arbeit in multiprofessionellen Teams erfordern würde. Stattdessen ignorieren einige Schulen die großen Ungleichheiten und Wissenslücken, die sich aufgetan haben, und machen Unterricht nach Schema F“, wundert sich die stellvertretende Vorsitzende der LEK NRW Andrea Lausberg-Reichardt.

Dass unter diesen Umständen vom Ministerium an zentralen Abschlussprüfungen wie den ZP10 festgehalten wird, erbittert Eltern, deren Schulen und Kinder schlechter durch die Corona-Zeit gekommen sind, weil Ausstattung und viele weitere Benachteiligungen nicht mehr wegdiskutiert werden können. Wie kann es sein, dass die Versäumnisse der Bildungspolitik nun zulasten dieser Kinder gehen sollen? Wo bleibt da die Chancengleichheit? Die LEK NRW fordert, endlich vom Dogma der zentralen Prüfungen abzurücken und damit den Schulen Raum zu geben, auch den Schüler*innen ein gutes Angebot zu machen, die derzeit unter diversen Benachteiligungen und Gefährdungen leiden. Andere Bundesländer haben darauf schon längst reagiert.

Die Scheu vor dezentralen Prüfungen oder das Erlassen der Prüfungen, zeugt vom mangelndem Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der Lehrkräfte und ist unverständlich für alle Beteiligten. „Nicht wenige von uns Eltern haben unsere Abschlussprüfungen dezentral abgelegt und sogar nach den Kurzschuljahren 1967/68 erfolgreich Berufsausbildung oder Universitätsstudium absolviert. Warum ist, was damals möglich war, heute nicht zur Krisenbewältigung denkbar?“ wundert sich Beisitzerin Karla Foerste.

„Gerechtigkeit bedeutet auch, dass Schüler*innen, die nach zehn Schuljahren mit einer Prüfungen die Fachoberschulreife erreicht haben, auch ohne Qualifikationsforderungen eines festgesetzten Notendurchschnitt in die gymnasiale Oberstufe wechseln dürfen“, fordert Astrid Bauer, „Sie müssen eine vergleichbare Chance erhalten sich bis zum Abitur beweisen zu können!“ Es muss hier eine Gleichbehandlung zwischen der gymnasialen und allen anderen Schulformen geben.

„Das Schuljahr ist und bleibt vermurkst! Deshalb darf es kein automatisches Sitzenbleiben geben, sondern den Schüler*innen müssen Angebote der Förderung und das Angebot einer freiwilligen Wiederholung gemacht werden, die nicht auf die Gesamtverweildauer angerechnet werden darf,“ fordert die Vorsitzende der LEK NRW, Anke Staar „Dazu muss es verbindliche gemeinsame Beratungsgespräch mit Eltern und Schüler*innen geben. Es gilt Förderangebote zu schaffen und Chancen zu geben. Auch das hat etwas mit psychischer Belastung und Gesundheit aller Beteiligten zu tun.“

Die Richtschnur muss sein:

- Ein tägliches reduziertes „echtes“ Präsenzangebot für alle Schülerinnen durch Nutzung des Ganztags unter Einhaltung des Gesundheitsschutzes.
- Ein attraktives Förderangebot, wo und wie immer möglich: digital, in Präsenz oder hybrid.
- Anerkennung der schnellen Anpassung und erbrachten Leistungen aller Schüler*innen.

Setzt den Schüler*innen eine Krone auf und kümmert Euch um diejenigen, die verloren gegangen sind, denn das darf uns im kommenden Schuljahr nicht wieder passieren!

LEK-NRW Vorstand

Dortmund, 12. März 2021